

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans Schweitzer, Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, wünscht der Hamburger SPD Geschlossenheit und Klaus von Dohnanyi alles Gute für seine neue Aufgabe.

Seite 1/2

Horst Grunenberg MdB, fordert mehr Ehrlichkeit in der Energiepolitik und Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Dritten Welt.

Seite 3 - 5

Karl Weinhofer MdB, Mitglied im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen, begrüßt die Ausweitung des Städteprogramms der Bahn in die DDR.

Seite 6

Dr. Anke Martiny MdB fragt nach der zweiten Frau in der neuen Berliner Senatsmannschaft.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 112

16. Juni 1981

Die Entscheidung für Hamburg

Jetzt sollten sich Hamburgs Sozialdemokraten geschlossen hinter Klaus von Dohnanyi stellen

Von Hans Schweitzer
Landtagsvizepräsident, Stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Die Entscheidung ist gefallen: Staatsminister Dr. Klaus von Dohnanyi, Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz und seit 1969 rheinland-pfälzischer Bundestagsabgeordneter der SPD, stellt sich den Bürgern und der Partei in seiner Geburtsstadt Hamburg als Kandidat für das Amt des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfügung.

Über 70.000 rheinland-pfälzische Sozialdemokraten haben in den letzten Tagen geschlossen an Klaus von Dohnanyi, an ihren ersten Mann im Lande, appelliert, die Führung seiner Landespartei zu behalten und sich auch 1983 wieder als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Mainz zur Verfügung zu stellen.

Klaus von Dohnanyi hat sich entschieden für die ebenso ehrenvolle wie schwierige Aufgabe, die Regierung seiner Geburtsstadt zu übernehmen und er bittet seine Freunde in seiner zweiten Heimat Rheinland-Pfalz, eine erfolgreiche, weit über die Grenzen der Partei anerkannte Arbeit fortzusetzen.

Hamburgs SPD, nein: Hamburgs Bürger können sich glücklich schätzen, daß Klaus von Dohnanyi sich den Vorschlägen von Dr. Hans Apel und des Präsidiums der SPD nicht entzogen hat, nach Hamburg zu gehen. Er stellt sich der Aufgabe, aus übergeordneten politischen Gründen und in der festen Überzeugung, seiner Partei und seiner Geburtsstadt einen über den Tag hinaus reichenden Dienst zu leisten.

Wir rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten haben alles getan, um diese hervorragende Persönlichkeit in Rheinland-



Pfalz zu halten. Fast 43 Prozent der rheinland-pfälzischen Bürger haben sich 1979 bei der Landtagswahl zu ihm bekannt, seine Sympathien sind seither von Monat zu Monat gewachsen, denn der Staatsminister und Landesvorsitzender hat sich - trotz seiner europäischen und bundesweiten Verpflichtungen - dem Bürger im Lande mehr gestellt als der amtierende Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Dr. Bernhard Vogel, der in letzter Zeit immer häufiger den Versuch unternahm sich durch Auslandsreisen zu profilieren.

Die Aussichten, Bernhard Vogel bei der Landtagswahl 1983 zu schlagen waren so sehr gewachsen, daß Vogel glaubte, sich nur noch über eine Koalition mit der FDP über die Runden retten zu können, und das trotz einer, wenn auch knappen, absoluten Mehrheit im Mainzer Landtag.

In dieser Situation ist es ein ganz ungewöhnliches Opfer für die Landespartei, ihren Landesvorsitzenden den Weg von Rhein und Mosel an Elbe und Alster gehen zu lassen. Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten die geschlossen hinter Klaus von Dohnanyi und seiner Politik standen und stehen, sagen in dieser Stunde: Hoffentlich erkennen auch unsere Freunde in Hamburg, daß sie ihre Reihen schließen, daß sie Gräben zuschütten und gemeinsam mit unserem besten Mann an die Arbeit für die Bürger und die Partei gehen müssen.

Bei allem Schmerz, den wir der unfreiwilligen Trennung halber verspüren sage ich aber: Hamburg wird in Klaus von Dohnanyi einen Ersten Bürgermeister haben, der sich in die Tradition so bedeutender sozialdemokratischer Bürgermeister einreihen wird wie Max Brauer, Paul Nevermann und Herbert Weichmann. Klaus von Dohnanyi bringt alles mit was für den notwendigen Brückenschlag zwischen jung und alt, zwischen politischen Flügeln und vor allem auch für das Miteinander von Arbeitnehmerschaft und Kaufmannschaft erforderlich ist. Daß er dies vermag hat er in Rheinland-Pfalz bewiesen. Jetzt liegt es an den Hamburgern aus der getroffenen Entscheidung das Beste zu machen. In diesem Sinne wünsche ich Klaus von Dohnanyi alles Gute im Interesse unserer Partei und der Bürger von Hamburg.

(-/16.6.1981/h1/hgs)

+ + +



Für Ehrlichkeit in der Energiepolitik

Mehr Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Dritten Welt

Von Horst Grunenberg MdB

In den aktuellen Diskussionen um einzelne Kraftwerksprojekte scheint manchmal der Blick für die Dimension des Energieproblems verloren gegangen zu sein. Als ob die dringend erforderliche grundlegende Umstrukturierung unserer Energieversorgung davon abhängig wäre, ob der Strombedarf in irgendeiner Region der Bundesrepublik um ein paar Prozent mehr oder weniger wachsen würde.

Die Sicherung der Energieversorgung ist eine der zentralen Probleme für die ganze Welt. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie ist äußerst ungleich verteilt; ein Nordamerikaner verbraucht zwölf Tonnen Steinkohleinheiten (SKE) pro Jahr, ein Afrikaner 0,4. In der Bundesrepublik liegt der Pro-Kopf-Verbrauch fast beim Dreifachen des Weltdurchschnitts (2,3 Tonnen SKE pro Jahr). Wenn die Entwicklungshilfeeinstellungen auch nur etwas Erfolg haben sollen, dann muß sich dieses Verhältnis in der Zukunft drastisch ändern, durch wachsenden Pro-Kopf-Verbrauch in den Entwicklungsländern bei wachsender Zahl der Menschen in diesen Ländern. Wenn die Weltbevölkerung sich von heute vier Milliarden bis zum Jahre 2000 auf sechs Milliarden erhöht - und das ist sehr wahrscheinlich, denn die Eltern der Kinder des Jahres 2000 sind schon auf der Welt - dann wächst vor allem die Zahl der Menschen in den Ländern mit dem größten Nachholbedarf.

Womit sollen die Länder ihren Energiehunger stillen, um ihren Lebensstandard und vor allem auch ihre Ernährung zu verbessern? Durch Technologien, wie Sonnenenergie, die selbst wir kaum erschwingen können? Durch Technologien, wie die Kernenergie, die eine hochentwickelte Infrastruktur benötigen? Nur die Verwendung von Öl, Kohle und Gas ist für Entwicklungsländer einfach genug und kann wirtschaftlich erträglich sein, wenn die Industrieländer endlich ihre nimmersatte Nachfrage nach eben diesen Energiequellen auf dem Weltmarkt bremsen. Nur so können auch die Preise gebremst werden. Die hohen Energiepreise, die selbst in der Bundesrepublik ein Umkippen der bisher positiven Außenhandelsbilanz verursacht haben, strangulieren die Entwicklungsländer und verzehren dort zur Zeit mehr als das Doppelte der gesamten westlichen Entwicklungshilfe. Die Finanzierung sowohl der Ölimporte in der Bundesrepublik als auch der anteiligen Ölrechnung der Entwicklungsländer mittels der Entwicklungshilfe dürfte für die Bundesrepublik nur schwerlich möglich sein. Dies wäre wohl nicht der Sinn der Entwicklungshilfe.

Ein weiterer Grund für uns, noch entschiedener "weg vom Öl" zu kommen, ist unsere politische Abhängigkeit von einer instabilen Region. Manche Diskussion - auch über Waffenexporte - könnten wir uns sparen, wenn von dieser Abhängigkeit nicht auch unsere Sicherheitsinteressen betroffen wären.

Deshalb muß sich unsere Energiepolitik nicht an hausgemachten Streitigkeiten, sondern an unserer weltpolitischen Verantwortung orientieren. Hierzu gibt es keine Wunderlösung, deshalb müssen alle Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden:

1. Noch mehr Energie sparen

Auch wenn wir hier erste Erfolge sehen, müssen wir alle Möglichkeiten zu einem intelligenteren Umgang mit Energie nutzen; jeder in seinem Bereich durch sparsamen Umgang, die Kommunen durch ausgewogene Versorgungskonzepte, Bund und Länder durch Abbau von Hindernissen und Förderung von Technik und Anwendung. Allerdings werden diese Spareffekte auch bald ihre Grenzen erreichen. Nach "Neue Zürcher Zeitung" vom 10. Januar 1979 lag der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik bei 0,68 Watt pro Dollar Bruttosozialprodukt. Vergleichbare Industrieländer: Japan = 0,69 Watt, GB = 1,22 Watt, USA = 1,3 Watt, DDR = 1,5 Watt, Polen = 1,54 Watt, UdSSR = 1,85 Watt. Frankreich und Norwegen mit 0,58 Watt lie-



liegen günstiger. Bei allen Sparmaßnahmen werden wir unseren Anteil bestenfalls auf den Wert von 0,6 Watt drücken können.

2. Intensive Nutzung der heimischen Kohle

Unsere Kohle ist und bleibt ein sicherer Eckpfeiler unserer Energieversorgung. Aber dies ist teuer erkauft: Mit harten Arbeitsbedingungen, mit 16.000 Tonnen im Bergbau seit 1945, mit hohen Umweltschäden und der zum Teil stärksten Belastung der Atemluft durch Schwefeldioxyd in der Welt; mit jährlichen Subventionen in Milliardenhöhe.

Diese Umweltprobleme sprechen gegen einen noch höheren Kohle-Anteil an der Energieversorgung durch Import weiterer Kohlemengen, die wir zudem auf dem engen Weltmarkt anderen Ländern streitig machen. Die Politik des Vorrangs der Kohle bei der Stromerzeugung ist 1980 durch den Vertrag zwischen Stromwirtschaft und Kohlebergbau eingelöst worden. Für die Zukunft ist die Kohle für diese Nutzung jedoch zu schade: Gas und Öl heute schon fast wirtschaftlich aus Braunkohle, später auch aus Steinkohle, können unsere Energieimportabhängigkeit unmittelbar verringern.

3. Bessere Nutzung des Erdgases

Rund ein Drittel unseres Erdgasverbrauchs gewinnen wir aus heimischen Quellen - und verbrennen die gleiche Menge in Großkraftwerken. Erdgas ist aber besonders wertvoll für die dezentrale Nutzung, zum Beispiel zur Raumheizung oder als Substitut für Autobenzin, wo es Öl wirtschaftlich gleichwertig, aber wesentlich umweltfreundlicher ersetzen kann. Rund 20 Millionen Tonnen SKE können hier rasch und zu wirtschaftlichen Bedingungen durch Kernkraftwerke ersetzt werden und damit unmittelbar zur Substitution von Öl- und Gasimporten führen.

4. Stärkere Nutzung der Kernenergie

Kernkraftwerke - können Strom für Wärmepumpen liefern und damit eine sparsamere Energieverwendung fördern und Öl ersetzen,

- können Braunkohlekraftwerke ersetzen und damit Braunkohle für Gas- und Ölerzeugung freimachen,
- können Erdgaskraftwerke ersetzen und damit weiteres Erdgas zur Substitution von importiertem Öl freimachen.

Es wäre schließlich Unsinn, Braunkohle oder Steinkohle in Gas oder gar Öl zu verwandeln, das dann wieder unter Kraftwerkskesseln verfeuert wird.

Wenn wir es wirklich ernst meinen mit dem Ziel, "weg vom Öl", dann ist der Bedarf an Kernenergie nicht nur ein Restbedarf. Kernenergie kann auch helfen, Devisen zu sparen



Ein Kernkraftwerk braucht pro Jahr circa 25 Millionen DM für Uranimporte, ein Erdgas-kraftwerk gleicher Größe aber über 500 Millionen DM für Erdgasimporte.

Entwicklungshilfe darf sich nicht in der Summe bereitgestellter Mittel für die Dritte Welt erschöpfen. Sie beginnt schon damit, daß Ölgroßverbraucher, wie auch die Bundesrepublik, alles tun, um das Öl anderen wenig entwickelten Ländern zur Verfügung zu stellen. Leicht könnte sich derjenige in den Verdacht moralisch verbrämten Egoismus' bringen, der die Entwicklungshilfe erhöht wissen will, aber auf sein Auto "Kernkraft, Nein Danke" aufklebt. Sein Auto verbraucht im Jahr die Energie, die notwendig ist, soviel Düngemittel herzustellen, um 1.000 Kinder in der Welt vor dem Hungertod zu bewahren.

Mit unseren Leichtwasserreaktoren steht uns heute schon eine leistungsfähige und wirtschaftliche Energiequelle zur Verfügung, die später in Verbindung mit Schnellen Brütern eine praktisch unbegrenzte Versorgungsbasis hat. Weltweit liegen zusammengerechnet über 2.000 Betriebsjahre vor, ohne einen einzigen tödlichen Unfall durch Radioaktivität. Unser geschärftes Sicherheitsbedürfnis gewährleistet, daß diese Kraftwerke außer mit Beton auch mit Köpfchen gebaut werden. Alle heute möglichen und notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung der Entsorgung der Kernkraftwerke sind eingeleitet. Hier brauchen wir auch mehr Ehrlichkeit in der Diskussion: Oft sind es die gleichen, die bemängeln, daß die Entsorgung noch nicht großtechnisch realisiert ist, die aber auch gegen die Planungen für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Hessen und ein Endlager in Gorleben arbeiten. Die deutsche Kerntechnik zählt zur modernsten und sichersten der Welt. Sie bei uns einzusetzen, gebietet die Vernunft und auch die Verantwortung für die Benachteiligten unseres Planeten, die heute leben und in 20 Jahren noch mehr sein werden.

(-/16.6.1981/hl/hgs)

+

+

+



Mehr Bildungsreisen in die DDR

Von Karl Weinhofer MdB

Mitglied im Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen

Das Städteprogramm der Deutschen Bundesbahn (DB) in die DDR wird noch in diesem Jahr um zwei Reiseziele, Weimar und Erfurt, erweitert. Bereits während der vergangenen zwei Jahre nutzten cirka 1.000 Bundesbürger das Angebot der Zentralen Verkaufsleitung der DB, um Studien- und Bildungsreisen nach Dresden zu unternehmen.

Zwar nimmt sich diese Zahl im Vergleich zu den Zahlen des touristischen Reiseverkehrs der westdeutschen gewerblichen Reiseunternehmer in die DDR bescheiden aus, aber der Schritt zu einer Ausweitung des DDR-Reiseangebots der DB ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung des innerdeutschen Reiseverkehrs. Leipzig und die Hauptstadt der DDR, Berlin (Ost), sind außerdem in die vorzubereitenden Maßnahmen und Gespräche aufgenommen. Der Verkehrsvertrag vom 17. Oktober 1972 und der Grundlagenvertrag vom 21. Juni 1973 sind die Voraussetzungen für den Reiseverkehr in die DDR, der in den letzten drei Jahren durchschnittlich jährliche Zuwachssteigerungen von cirka acht bis zehn Prozent zu verzeichnen hatte. Waren es im Jahre 1978 120.000 und im Jahre 1979 cirka 130.000, so betrug die Anzahl der DDR-Reisenden im Jahre 1980 cirka 140.000.

Damit das Wort Reiseverkehr nicht zum verengten Begriff "Fremden-Verkehr" wird, sollten Bildungs- und Studienreisen noch zahlreicher als bisher auch von der Deutschen Bundesbahn angeboten werden, damit sich Bundesbürger als Reisende in die gemeinsame kulturelle und historische Landschaft einfinden. Des weiteren sollten mit den zuständigen DDR-Behörden die Möglichkeiten für spezielle DDR-Rundreisen für Jugendliche aus der Bundesrepublik ausgelotet werden. So können Vorurteile ausgeräumt und kontroverse Standpunkte ausgesprochen werden, um damit bei unserer Jugend die vorhandene Einengung der DDR als unterschiedliche Staatsform zu überwinden. (-/16.6.1981/hi/hgs)

+

+

+



Der Schwarm der Frauen - kein Freund der Frauen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Unter erheblichem Mediengeklapper wurde in Berlin eine neue Landesregierung installiert: Unter der Führung von Richard von Weizsäcker das weidlich bekannte "Gruppenbild mit Dame". Während im März in der rasch zusammengeklauten Mannschaft sich zwei Frauen präsentierten, blieb jetzt nur eine übrig: Hanna Renate Laurien, gestandenes Weibsbild, recht couragiert und nach Männermeinung "mit Haaren auf den Zähnen". Wo aber ist die andere? Die Öffentlichkeit erfuhr es nicht.

Statt dessen nahm sie Teil an dem schändlichen Spiel der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses mit deren seit Jahren als sachkundig ausgewiesener und in Berlin allgemein bekannter hochschulpolitischer Sprecherin Ursula Besser.

Zugegeben, Frau Besser ist weder hübsch noch jung noch von präsidialer Ausstrahlung. Aber man kennt sie in Berlin, und sie ist ohne allen Zweifel eine verdiente langjährige Parlamentarierin. Deshalb wurden ihr zunächst in der Öffentlichkeit große Chancen eingeräumt, zur Parlamentspräsidentin gewählt zu werden.

Aber nichts da: Alterspräsidentin durfte sie zwar sein (wie indezent?), als Parlamentspräsidentin aber kam sie nicht in Frage, sondern ein ziemlich unbekannter ansehnlicher Herr wurde statt ihrer gewählt, und auch als Vizepräsidenten nahm man dann doch gleich einen Mann: den kannte gleich überhaupt niemand.

Damit dieses Desaster nicht so auffiel, kam der Springer-Presse eine unverdiente Fügung zuhilfe: eine junge CDU-Abgeordnete konnte die ersten beiden Wahlgänge der Senatswahl zwar noch mitvollziehen, dann aber mußte sie schleunigst ein Krankenhaus aufsuchen: das zweite Kind wollte mit Macht diesen CDU-Schicksalstag zu seinem Geburtstag machen. Die Springerzeitungen jubelten: Ein Kind ist wichtiger als Politik!

Wer wollte das bestreiten, wenn er zusätzlich auch noch erfährt, daß die neue First Lady, Marianne von Weizsäcker, das Rampenlicht scheut (wie sympathisch!). Um dies hinreichend zu erklären, muß man aber wissen, daß dem Hause Weizsäcker vier wohlgeratene Kinder entstammen, erzogen vermutlich nahezu ausschließlich von Frau Marianne, die nun alle an respektablen Universitäten eine respektable berufliche Laufbahn beginnen.

So hat denn alles seine schöne, zumindest nach Paulus auch: gottgewollte - Ordnung. Weshalb den Berliner und vielleicht auch den bundesdeutschen Wählerinnen erneut klar werden müßte: Auch ein liberales Image krepelt konservative Männer nicht um, und von der CDU haben die Frauen nichts zu erwarten. (-/16.6.1981/hi/hgs)

+

+

+

